Zweitveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula

Jugend und Politik

Datum der Zweitveröffentlichung: 25.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592399

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Jugend und Politik. In: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hg). Opladen : Leske und Budrich, 1995. S. 231-235. DOI: 10.1007/978-3-322-97316-0_58.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Jugend und Politik

1. Die Auswirkungen des Wandels in der Sozialstruktur fortgeschrittener Industriegesellschaften auf die politischen Orientierungen Jugendlicher

In der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg vollzog sich in allen hochindustrialisierten Demokratien ein fundamentaler sozialer Wandel, dessen Hauptmerkmale eine historisch beispiellose Zunahme des Wohlstandes breiter Bevölkerungskreise sowie eine Individualisierung der Lebensbedingungen sind. Die dadurch bedingte Auflösung traditioneller soziopolitischer Milieus hat dazu beigetragen, daß die Jugendlichen heute weit weniger als früher in sozialstrukturell vorgegebene politische Loyalitäten hineinwachsen.

In der Jugendsoziologie besteht ferner Einigkeit darüber, daß daneben auch die Verlängerung der Bildungswege Auswirkungen auf den Erwerb sozialer und politischer Orientierungen in der Jugendphase hatte. *Zinnecker* (1991) spricht vom „Bildungsmoratorium", das durch die zeitliche Ausdehnung der Ausbildungsphase und das Hinausschieben des Übergangs in den Beruf eine sehr viel längere Freisetzung junger Menschen von sozialen Zwängen mit sich bringt. *Eckert* (1990) wiederum hat darauf hingewiesen, daß die längere Beschäftigung mit ideellen Bildungsinhalten zu einer vermehrten Infragestellung der vorgefundenen sozialen und politischen Strukturen führt.

All diese Entwicklungen trugen zur Herausbildung eigenständiger Jugendkulturen, zu einer stärkeren Betonung von Selbstverwirklichungs- im Verhältnis zu Pflicht- und Akzeptanzwerten (H. *Klages*) sowie zu einer im Vergleich zu früher kritischeren Haltung der Bürger gegenüber Staat und → Gesellschaft bei. Da die politischen Orientierungen eines Menschen nach dem Eintritt in das Erwachsenenleben relativ stabil bleiben, vollzieht sich dieser Wandel jedoch graduell und wird primär von den jüngeren Kohorten getragen.

Untersuchungen in den osteuropäischen Gesellschaften belegen, daß sich auch dort entsprechende Modernisierungsprozesse vollzogen haben, auch wenn diese gegenüber dem Westen weniger ausgeprägt sind (vgl. *Behnken* u.a. 1991: 24). Zudem bemühte sich die SED-Führung in der → DDR von Anfang an, die traditionellen soziopolitischen Milieus systematisch aufzu-

brechen, da diese der Durchsetzung ihres Machtanspruchs im Wege standen. Schließlich führte dann der Zusammenbruch der DDR vollends zu einem politischen Vakuum, so daß die Herausbildung politischer Orientierungen in den neuen → Bundesländern heute ähnlich wie im Westen vornehmlich von den individuellen Erfahrungen Jugendlicher abhängt.

2. Politisches Interesse

Generell ist Politik ein für die Bürger peripherer Lebensbereich. Dies gilt für junge Menschen in besonderem Maße. Alle verfügbaren Informationen über das politische Interesse und die politische Beteiligung bestätigen eine wesentlich geringere Einbindung jüngerer Menschen in das politische System. Das Ausmaß des politischen Interesses hängt neben dem Lebensalter jedoch auch noch von zwei weiteren Faktoren ab, nämlich vom Bildungsniveau und von der Geschlechtszugehörigkeit. Angesichts der Bildungsexpansion und der Abschleifung der traditionellen Geschlechtsrollen sollte man von daher einen kräftigen Anstieg des politischen Interesses in der jüngeren Generation erwarten. Dies ist auch tatsächlich der Fall, allerdings nicht im erwarteten Ausmaß. Denn erstens blieb der Anstieg des politischen Interesses der jüngeren Kohorten hinter dem Anstieg in der Gesamtbevölkerung zurück, v.a. wenn man ihr höheres Bildungsniveau berücksichtigt (*Kaase* 1989). Und zweitens hat sich die Differenz zwischen den Geschlechtern im Verlauf der letzten dreißig Jahre zwar eingeebnet, verharrt jedoch auf einem relativ hohen Niveau.

Die ersten Vergleichsuntersuchungen zwischen west- und ostdeutschen Jugendlichen zeigten zunächst ein höheres politisches Interesse der jungen Menschen in der (ehemaligen) DDR. In der 1991 durchgeführten Shell-Jugendstudie gaben 56% der jungen Menschen im Westen, aber 62% im Osten an, sich für Politik zu interessieren (*Zinnecker/Fischer* 1992: 221). Demgegenüber ergaben die etwas später durchgeführten Jugendumfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung (*Veen* u.a. 1994) und des Deutschen Jugendinstituts (DJI) nur minimale Ost-West-Unterschiede. Im DJI-Jugendsurvey, einer im Herbst 1992 durchgeführten Repräsentativumfrage unter 16- bis 29jährigen (West: n=4526; Ost: n=2564), bekundeten 21% der Befragten im Westen und 22% im Osten großes politisches Interesse.

Diese Ergebnisse dürften einen realen Trend der Abnahme des politischen Interesses bei den ostdeutschen Jugendlichen widerspiegeln, wie er bereits für 1989/90 von *Friedrich/Förster* konstatiert wurde. *Friedrich/Förster* führten dies auf die Enttäuschung der ostdeutschen Jugendlichen zurück, die sich ihres Erachtens in einem politischen Vertrauensentzug niederschlug (1991: 702). Diese Interpretation wird von ihnen allerdings nicht mit Daten belegt und widerspricht auch den Ergebnissen des DJI-Jugendsurveys, die keine statistischen Zusammenhänge zwischen dem politischen Interesse einerseits und politischem Vertrauen sowie der Demokratiezufriedenheit andererseits erkennen lassen.

Tabelle 1: Politisches Interesse Jugendlicher (in % der jeweiligen Gruppe)

	alte Bundesländer			neue Bundesländer		
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
insgesamt	38.6	40.8	20.6	35.3	42.4	22.3
nach Geschlecht:						
männlich	29.2	42.8	28.0	29.3	42.3	28.4
weiblich	48.4	38.8	12.8	41.6	42.4	16.0
nach Bildungsniveau:						
Hauptschule	54.4	32.6	13.0	53.0	35.1	11.9
Mittlere Reife	41.7	43.8	14.5	38.1	44.3	17.6
(Fach)-abitur	24.8	44.1	31.2	24.8	40.2	35.0

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992

Wesentlich plausibler ist die Interpretation, daß das größere politische Interesse der ostdeutschen Jugendlichen während der Zeit des Umbruchs in der DDR darauf zurückzuführen war, daß die politischen Ereignisse zu einer politischen Mobilisierung der Jugendlichen beitrugen, die dann mit zunehmender Normalisierung der Situation wieder abklang.

3. Wertewandel und die Legitimität des politischen Systems

Mit der Studentenbewegung der 60er Jahre nahm die politische Aktivität der Bürger in allen westlichen Demokratien sprunghaft zu. Dies äußerte sich vor allem in einer erhöhten Bereitschaft junger Menschen zur Beteiligung an direkten politischen Aktionen (Demonstrationen, Hausbesetzungen u.ä.) sowie in der Entstehung zahlreicher neuer Gruppen, die zum Umfeld der → Neuen Sozialen Bewegungen zählen (u.a. → Bürgerinitiativen, Umwelt-, Friedens- und Frauengruppen). Diese politische Mobilisierung galt vielen Beobachtern als Anzeichen für eine „partizipatorische Revolution" (M. *Kaase*), die den demokratischen politischen Prozeß in den westlichen Demokratien mittelfristig grundlegend verändern würde.

Als Ursachen für diesen Prozeß wurden einmal die durch ein zunehmend höheres Bildungsniveau bedingte „kognitive Mobilisierung" der Bevölkerung, zum anderen der → Wertewandel betrachtet, der zu einer stärkeren Betonung „postmaterieller" Werte der Selbstverwirklichung und des Wunsches nach mehr politischen Teilnahmechancen führte. Beides führte zu einem Rückgang in der Unterstützung der etablierten politischen → Parteien und zu einer Zunahme alternativer politischer Artikulationsformen und -gruppen.

Inzwischen gibt es vielerlei Anzeichen für einen Rückgang in der Bindekraft der etablierten politischen Kräfte. So ist das Vertrauen in verschiedene politisch-gesellschaftliche Institutionen – und insbesondere in die politischen Parteien – vor allem bei den Angehörigen der jüngeren Altersgruppen deutlich zurückgegangen. Je nach Standpunkt des Beobachters wird dies als Parteien- bzw. Politikverdrossenheit, als realistischere Sicht der politischen Realität oder als „Erosion des institutionellen Bewußtseins" (*Veen* 1986) interpretiert.

Gleichzeitig wird die Demokratie als Regierungsform jedoch von fast allen Jugendlichen bejaht. Die zunehmende Skepsis gegenüber Politikern und Parteien, die in der Gruppe der Jüngeren und Hochgebildeten am ausgeprägtesten ist, kann also keinesfalls mit einer demokratiefeindlichen Haltung gleichgesetzt werden (vgl. *Schmidtchen* 1983).

Für die DDR ergaben die Umfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung, Leipzig, bis in die 80er Jahre relativ hohe Werte der Identifikation mit der DDR und dem Sozialismus. Um die 90% der Befragten gaben regelmäßig an, sich mit der DDR verbunden zu fühlen, 40% bis 50% bekundeten sogar eine starke Verbundenheit. Der rapide Verfall dieser Werte ab Mitte der 80er Jahre auf zuletzt nur noch knapp ein Fünftel mit starker Verbundenheit und fast 30%, die sich kaum oder überhaupt nicht mit der DDR verbunden fühlten (*Förster* 1991: 139), ist jedoch vermutlich nicht nur auf eine Zunahme der politischen Unzufriedenheit zurückzuführen, sondern auch darauf, daß Kritik an den politischen Verhältnissen zunehmend toleriert wurde und daher ohne Angst vor negativen Konsequenzen geäußert werden konnte.

Die neueren Jugendstudien zeigen eine im Vergleich zur alten BRD durchweg größere politische Unzufriedenheit der jungen Menschen in den neuen Bundesländern. Diese bezieht sich sowohl auf die wirtschaftliche Lage und die politischen Institutionen, als auch auf die Demokratie insgesamt. Im DJI-Jugendsurvey äußerten 76% der Befragten in den alten, aber nur 62% in

den neuen → Bundesländern Zufriedenheit mit der Demokratie in D. Beim Anteil der sehr Zufriedenen war die Ost-West-Differenz noch ausgeprägter, mit 31% im Vergleich zu 50%. Inwieweit sich hieraus ein dauerhaftes Legitimationsdefizit entwickeln wird, hängt sicher auch von der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland ab. Denn gerade im ökonomischen Bereich nimmt ein sehr hoher Anteil der jungen Menschen im Osten Verschlechterungen gegenüber der Zeit vor der Wende wahr. Fast 60% empfinden eine Verschlechterung im Hinblick auf die soziale Sicherheit und fast zwei Drittel im Hinblick auf die berufliche Sicherheit, was sich auch in einer im Vergleich zu den westdeutschen Jugendlichen deutlich geringeren Zufriedenheit mit diesen beiden Lebensbereichen niederschlägt.

4. Politische Partizipation

Das Niveau der politischen Partizipation junger Menschen liegt ebenso wie ihr politisches Interesse unter dem der Erwachsenenbevölkerung. Dies zeigen bereits die Ergebnisse für die Wahlbeteiligung verschiedener Altersgruppen. Bei der Bundestagswahl 1990 betrug beispielsweise die Differenz zwischen den Jungwählern (21 bis 25 Jahre) und der Gesamtwählerschaft ganze 14,5% (61,8% im Vergleich zu 76,3%). Dabei lag die Wahlbeteiligung der Angehörigen dieser Altersgruppe in den neuen Bundesländern mit 54,5% noch deutlich unter der der Gleichaltrigen im Westen (63,6%). Dies mag allerdings durch die spezifische Situation kurz nach der Vereinigung Deutschlands bedingt gewesen sein. Endgültige Schlüsse auf die zukünftig zu erwartende Wahlbeteiligung der Jungwähler in den neuen Bundesländern lassen sich daraus noch nicht ziehen.

Fast durchweg wird beklagt, die Mitgliederzahlen Jugendlicher in politischen Parteien, → Gewerkschaften und Jugendverbänden seien in jüngster Zeit dramatisch zurückgegangen. Diese Klagen stützen sich vor allem auf drei Trends. Der erste ist die bereits erwähnte Abnahme des Vertrauens in die etablierten politischen Akteure. Der zweite ist in der Tatsache zu suchen, daß sich seit den 70er Jahren zahlreiche neue Organisationen gebildet haben, die dem Spektrum der Neuen Sozialen Bewegungen zuzurechnen sind und mit den seit langem etablierten Organisationen um Mitglieder konkurrieren. Der dritte Trend schließlich besteht darin, daß die Zunahme der Bereitschaft zu punktuellen politischen Aktivitäten nicht von einer entsprechenden Zunahme der Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit in (politischen) Organisationen begleitet war. Dies stellt sowohl etablierte als auch neue Organisationen vor neuartige Organisationsprobleme. Während die kontinuierliche Organisationsarbeit wie früher von einem kleinen Stamm von Personen bewältigt werden muß, sind die Teilnehmerzahlen bei Einzelaktionen oftmals sehr hoch.

Der DJI-Jugendsurvey ergab für 1992 einen Anteil von 2% Parteimitgliedern in den neuen und 3% in den alten Bundesländern. Die Mitgliedschaftsquote in Jugend- und Studentenverbänden lag nur unwesentlich darüber, mit 5% im Westen und 3% im Osten. Deutlich höhere Mitgliederzahlen fanden sich demgegenüber für die Gewerkschaften (West: 15%; Ost: 22%). Diese deuten darauf hin, daß es den Gewerkschaften in den neuen Bundesländern offensichtlich gelungen ist, als Interessenvertretung der Arbeitnehmer Glaubwürdigkeit zu gewinnen. Demgegenüber zeigt der niedrige Organisationsgrad in Jugendverbänden die rapide Angleichung der Ost-Jugend an das in westlichen Gesellschaften übliche Muster. Als die Mitgliedschaft in der FDJ ihre Bedeutung für das individuelle Fortkommen verlor, setzte eine massenhafte Absetzung aus diesem Jugendverband ein, dem noch 1989 drei Viertel aller Jugendlichen angehört hatten.

Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Jugendlichen ist in den Neuen Sozialen Bewegungen aktiv. Jeweils über ein Fünftel der Befragten des DJI-Jugendsurveys gab an, wenigstens gelegentlich an Veranstaltungen solcher Gruppen teilzunehmen. Von daher stützen die empirischen Ergebnisse also keineswegs die These von einer generellen Organisationsmüdigkeit der heutigen Jugend.

Nochmals erheblich höher ist die Bereitschaft zur Teilnahme an direkten politischen Aktionen wie Unterschriftensammlungen oder genehmigten Demonstrationen. Solche Aktionsformen werden von den jungen Menschen heute als Teil ihres normalen politischen Verhaltensrepertoires betrachtet. Dies gilt allerdings nur für legale Aktionsformen, während Aktionsformen des zivilen Ungehorsams von der Mehrheit der Befragten abgelehnt werden. Zudem nimmt die Zustimmung zu Aktionen zivilen Ungehorsams mit zunehmender Gewaltaffinität solcher Aktionen ab. Politische Gewalt wird von der großen Mehrheit der Befragten abgelehnt (*Hoffmann-Lange* u.a. 1993).

In den neuen Bundesländern erfreuen sich die direkten politischen Aktionsformen noch größerer Popularität als in den alten. Fast vier Fünftel der Befragten ziehen hier die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration als ein Mittel politischer Partizipation in Betracht, und über die Hälfte hat bereits an einer Demonstration teilgenommen.

Literatur

Behnken, Imbke u.a. 1991: Schülerstudie '90. Jugendliche im Prozeß der Vereinigung. Weinheim.

Eckert, Roland 1990: Selbsterfahrung und Gesellschaftsveränderung: Die Faszination neuer sozialer Bewegungen, in: Sachverständigenkommission 8. Jugendbericht (Hrsg.): Lebensverhältnisse Jugendlicher. Band 2: Zur Pluralisierung und Individualisierung der Jugendphase. München.

Förster, Peter 1991: Weltanschaulich-politisches Bewußtsein, in: Friedrich, Walter/ Griese, Hartmut (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Opladen.

Friedrich, Walter/Förster, Peter 1991: Ostdeutsche Jugend 1990, in: Deutschland Archiv, 24. Jg.

Hoffmann-Lange, Ursula u.a. 1993: Politische Gewaltbereitschaft Jugendlicher, in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Gewalt gegen Fremde. München.

Kaase, Max 1989: Politische Einstellungen der Jugend, in: Markewka, Manfred/Nave-Herz, Rosemarie (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band 2. Neuwied.

Schmidtchen, Gerhard 1983: Jugend und Staat, in: Matz, Ulrich/Schmidtchen, Gerhard: Gewalt und Legitimität. Opladen.

Veen, Hans-Joachim 1986: Die neue Spontaneität – Empirische Ergebnisse zur Erosion des institutionellen Bewußtseins bei Jüngeren, in: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Wahrheit statt Mehrheit? München.

Veen, Hans-Joachim u.a. 1994: *Eine* Jugend in Deutschland? Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugend in Ost und West. Opladen.

Zinnecker, Jürgen 1991: Jugend als Bildungsmoratorium. Zur Theorie des Wandels der Jugendphase in west- und osteuropäischen Gesellschaften, in: Melzer, Wolfgang u.a. (Hrsg.): Osteuropäische Jugend im Wandel. Weinheim.

Zinnecker, Jürgen/Fischer, Arthur 1992: Jugendstudie '92. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick, in: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '92. Opladen.

Ursula Hoffmann-Lange